

Veranstaltungsreihe Seite 7

Wir haben Fragen

Bericht Seite 17

Antisemitismus in Hessen

Haskala als »Vielfaltverstärker*in« ausgezeichnet

Nach nur einer Ausgabe ist unser Magazin *haskala* im Herbst 2019 mit einem Preis ausgezeichnet worden. Die Initiative »Offen für Vielfalt – Geschlossen gegen Ausgrenzung« kam zu dem Schluss, unser Magazin sei eine »Vielfalt-Verstärker*in in der Dimension Religion und Weltanschauung«. Für die Jury sagte Bischof Martin Hein: »Print macht sichtbar und greifbar. In Zeiten, in denen der Antisemitismus wieder öffentlich wird (verschwunden war er nie), ist es umso wichtiger, dass die jüdische Gemeinde und das jüdische Leben mit eigener Stimme sprechen.«



Stadtdekan Michael Glöckner und Dagmar Krauß von der Initiative »Offen für Vielfalt« (rechts) übergeben die Auszeichnung an Elena Padva vom Sara Nussbaum Zentrum.

Es ist toll und motiviert uns, dass wir nach nur einer Ausgabe bereits eine solche Anerkennung erfahren. »Unser journalistisches Format wird sich weiterhin debattierfreudig für Demokratie und Freiheit einsetzen«, kündigte Redaktionsleiter Martin Sehmisch an. www.offenfuervielfalt.de

Impressum

Sara Nussbaum Zentrum für Jüdisches Leben
Jüdisches Leben Kassel gGmbH
Ludwig-Mond-Straße 127, 34121 Kassel
Telefon 0561 93728281
redaktion@haskala-online.de
www.sara-nussbaum-zentrum.de

Vi.S.d.P.: Ilana Katz, Geschäftsführerin
Redaktionsleitung: Martin Sehmisch
Autor*innen dieser Ausgabe: Mirna Funk, Elena Padva (ep),
Daniel Poensgen, Joachim F. Tornau (jft), Felix Werthschulte (fw)
Gestaltung: Linda Reiner, Martin Sehmisch

Copyright: Sara Nussbaum Zentrum Kassel, Dezember 2019

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms »Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus« des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport (HMdIS). Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des HMdIS dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



Die Bedrohung ernst nehmen

Der Terroranschlag von Halle und die Personen-Liste des mutmaßlichen Lübcke-Mörders zeigen, dass dieser Staat vor erheblichen Herausforderungen steht, sagt *haskala*-Redaktionsleiter Martin Sehmisch.

»Antisemitismus ist für Jüdinnen und Juden nicht nur eine Belastung im Alltag. Antisemitismus ist eine potenziell tödliche Bedrohung.«



FOTO: JÖRG LANTERME

Liebe Leserinnen und Leser,

fragen Sie sich auch manchmal, wie sicher unsere Demokratie ist? Wie sehr wir uns auf den Rechtsstaat und seine Institutionen verlassen können? Welche Garantien es gibt für Freiheit und Pluralismus? Erfolgreiche Rechtspopulisten (die man eher völkische Autoritäre nennen sollte), die auf ihrem Siegeszug gegen das vermeintlich korrupte Establishment auch Rechtsextremisten und Neonazis in Parlamente hieven, sind nur ein Grund dafür, dass immer mehr Menschen sich Sorgen um unsere Demokratie machen. Die mörderischen Taten von Rechtsterroristen haben im Jahr 2019 zudem deutlich gezeigt, dass unsere Gesellschaft – und mit ihr die Sicherheitsorgane – vor massiven Herausforderungen stehen.

Einen Teil dieser Herausforderungen haben wir im Rahmen unserer Gesprächsreihe »Wir haben Fragen« kürzlich thematisiert. Besonders wichtig waren uns dabei die Vermittlung jüdischer Perspektiven auf Antisemitismus und die Diskussion notwendiger Impulse für die Polizeiarbeit gegen Antisemitismus. Bei unserer Veranstaltung »Antisemitismus und das Vertrauen in die Polizei« wurde klar, dass die zivilgesellschaftlichen Meldestellen für antisemitische Vorfälle eine wichtige

Quelle für konstruktive Veränderungsprozesse in der Polizeiarbeit sein kann.

Dass jüdische Menschen besonders im Fokus von Rechtsextremisten und -terroristen stehen, hat der Anschlag in Halle deutlich gezeigt. Antisemitismus ist für Jüdinnen und Juden nicht nur eine Belastung im Alltag, die mit zum Teil erheblichen Einschränkungen des Gefühls von persönlicher und kollektiver Freiheit und Sicherheit einhergeht. Antisemitismus ist für sie zudem eine potenziell tödliche Bedrohung. Vor diesem Hintergrund ist es sehr besorgniserregend, dass Ermittler auf dem Computer des mutmaßlichen Mörders von Regierungspräsident Walter Lübcke eine Liste mit Namen und Adressen gefunden haben, die auch Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft enthält. Es ist die Aufgabe dieses Staates, seiner Sicherheitsorgane und der Bürger*innen, dieser Bedrohung nachhaltig und ernsthaft zu begegnen.

Herzliche Grüße,

Martin Sehmisch, Redaktionsleiter *haskala*

Die Brückenbauerin

Larysa Chernina gestaltet als verantwortliche Redakteurin die Zeitung der Jüdischen Gemeinde in Kassel. »Die Brücke« gibt es seit 13 Jahren, sie ist fester Bestandteil des Gemeindelebens.

von Joachim F. Tornau

Deutsch gelernt hat Larysa Chernina zuerst mit den Packungsbeilagen der Medikamente ihrer Mutter. Bevor die Redakteurin der »Brücke«, der Zeitung der Jüdischen Gemeinde in Kassel, vor gut 20 Jahren aus der Ukraine nach Deutschland einwanderte, beherrschte sie nur wenige Brocken der deutschen Sprache. Doch kaum angekommen, musste ihre Mutter zum Arzt. Und die Tochter wollte verstehen, was das für Arzneimittel waren, die der Arzt verschrieb. »Ich habe mit einem Wörterbuch die Packungsbeilagen übersetzt«, erzählt Chernina und lacht. Es ist ein Lachen, in dem sich Verwunderung über und Stolz auf das Erreichte mischen. Man bekommt es oft zu hören, wenn man mit der freundlich-bescheidenen Frau über ihr Leben spricht.

Dass sie einmal Zeitungsmacherin werden würde – der einzigen zweisprachigen deutsch-russischen Zeitschrift in Nordhessen übrigens –, war Larysa Chernina nicht unbedingt vorherbestimmt. Geboren 1953 in Charkov, hat sie Wirtschaftsingenieurwesen studiert und anschließend bis zu den Umbrüchen der Perestroika-Zeit im einzigen Projekt- und Forschungsinstitut für Grundchemie der Sowjetunion gearbeitet. Danach wechselte sie ans ukrainische Kartellamt. »Geschrieben«, sagt Chernina, »habe ich in beiden Jobs sehr viel.«

»Die Menschen in Kassel sollen erfahren: Wie leben wir, wie denken wir, was machen wir.«



Wissenschaftliche Texte hier, Schriftsätze fürs Gericht dort. Aber eben keine journalistischen Artikel, wie es heute für sie Alltag ist.

Das hat sie erst in Kassel, wo sie seit 1998 lebt, gelernt. Nicht ohne Mühen. Doch erfolgreich dank der ihr eigenen Disziplin und Hartnäckigkeit, die sie auch die deutsche Sprache so hat lernen lassen, dass ihr das Schreiben heute auf Deutsch

fast genauso leicht von der Hand geht wie auf Russisch. »Mein ganzes Leben in Deutschland«, sagt sie, »ist Sprachbildung.« Im Hauptberuf hat Chernina, bevor sie im vergangenen Jahr in Rente ging, als Übersetzerin für den Pflegedienst PSH gearbeitet. Die Zeitung der Jüdischen Gemeinde verantwortet sie im Ehrenamt.

In diesem Jahr konnte »Die Brücke« ihren 13. Geburtstag feiern. »Nach der jüdi-

schen Tradition ist sie damit volljährig«, freut sich Chernina. Und auch wenn neben der Blattmacherin noch weitere Menschen an der Produktion beteiligt sind, die beraten, redigieren, Korrektur lesen oder layouts, würde wohl niemand widersprechen, wenn sie sagt: »Das ist meine Zeitung.« Jede einzelne der bislang 54 Ausgaben hat Chernina maßgeblich gestaltet, als Schreiberin, als Fotografin, als Chefin vom Dienst, sogar, wie sie scherzt, als »Briefträgerin«: Sie ist es, die die Ex-



FOTOS: UWE ZUCCHI

Larysa Chernina mit einer Ausgabe der Zeitung »Die Brücke« vor der Synagoge in Kassel

»Seit 800 Jahren, unterbrochen von der Katastrophe der Shoah, leben Juden in Kassel. Ich möchte, dass dieses Leben weitergeht.«

emplare für auswärtige Gemeindemitglieder einliefert und zur Post bringt oder an ihrem Wohnort persönlich in die Briefkästen steckt.

Nur den Namen »Die Brücke« hat sie sich nicht ausgedacht, den hat ihre Zeitung von einem bereits nach kurzer Zeit eingestellten Vorgängerprojekt geerbt: »Gescher« hieß es, nach dem hebräischen Wort für Brücke. Den Anspruch aber, der mit diesem programmatischen Titel verbunden war, hat sich Chernina zu eigen gemacht. Eine Brücke zwischen Alt und Jung soll die Zeitung sein, zwischen Vergangenheit und Gegenwart und nicht zuletzt: zwischen Juden und Nicht-Juden. »Die Menschen in Kassel sollen erfahren: wie leben wir, wie denken wir, was machen wir«, erklärt die Redakteurin. Für Offenheit der Jüdischen Gemeinde will sie sorgen und antisemitischen Stereotypen entgegenwirken.

Viermal im Jahr erscheint »Die Brücke« in einer Auflage von 500 Exemplaren. Auf 20 Seiten, be-

ginnend stets mit einem Text des Kasseler Rabbiners, berichtet die Zeitung nicht nur aus dem Gemeindeleben, sondern gibt auch den Mitgliedern der Gemeinde ein Gesicht. In jeder Ausgabe erzählen Kasseler Jüdinnen und Juden von ihren Wurzeln und ihrer – häufig von Verfolgung geprägten – Familiengeschichte oder berichten, wie sie nach Deutschland emigriert und hier heimisch geworden sind. »Seit 800 Jahren, unterbrochen von der Katastrophe der Shoah, leben Juden in Kassel«, sagt Chernina. »Ich möchte, dass dieses Leben weitergeht.« Mit der »Brücke« möchte sie dazu ihren Beitrag leisten.

Gemeindezeitung »Die Brücke«

Die Zeitung der Jüdischen Gemeinde Kassel erscheint viermal pro Jahr. Mitglieder erhalten sie mit der Post. Interessierte können sich ein kostenloses Exemplar in der Synagoge abholen oder sie im Postversand abonnieren.

Kontakt: chelarik@gmail.com



FOTO: MARTIN SEHMISCH

Ein Gemälde voller Rätsel

Serie: Besondere Exponate aus dem Sara Nussbaum Zentrum (2)

Kunstwerke sind schon aus ihrem Wesen heraus nicht immer und unmittelbar verständlich, ihr Inhalt nicht unbedingt sofort nachvollziehbar. So ist es auch mit einem besonderen Exponat, das in der Bibliothek des Sara Nussbaum Zentrums zu sehen ist.

Das Gemälde misst etwa 65 mal 50 Zentimeter und wurde mit einfachen Nägeln auf einem Holzrahmen befestigt. Zu sehen sind Fragmente einer ländlichen Szene. Die untere Bildhälfte zeigt den Blick hinein in eine weite Landschaft. Gelbe Felder. Dunkelgrüne Büsche. Ein erdiger Weg zieht sich durch die Bildmitte, hinaus in die Ferne, hin zu einem kleinen grünen Wäldchen. Eine Person im Vordergrund ist mit ihrem Rind zu Fuß unterwegs, vorbei an einem schiefen Holzwegweiser.

Wann, wo und von wem diese Szene gemalt wurde, bleibt rätselhaft. »Die Landschaft lässt Osteuropa vermuten«, sagt Elena Padva, Leiterin des

Sara Nussbaum Zentrums. Bemerkenswerter aber ist für sie der offensichtliche jüdische Kontext, in dem das Bild entstand. Denn gemalt wurde auf dem Leder einer alten Tora-Rolle. Unter abblättrender Farbe, besonders im Graublau des Himmels, zeigen sich vergilbte hebräische Schriftzeichen.

Für den gläubigen Juden Emanuel Cohn aus Israel, der sich mit dem Bild auseinandergesetzt hat, ist das Heiligtum entweiht: »Es ist schmerzhaft, die Tora übermalt zu sehen.« Der unkenntlich gemachte Textabschnitt erzählt von Opfergaben im Tempel (Leviticus 1,1), berichtet Cohn. Warum die Tora-Rolle so übermalt und entweiht wurde, ist vielleicht das größte Mysterium des Gemäldes. Es zu ergründen bleibt dem Betrachter überlassen. Und vermutlich liegt gerade darin die größte Faszination dieses Kunstwerks. *ep/fw*

Wir haben Fragen

Berichte über unsere Veranstaltungsreihe gegen Antisemitismus

Freiheit und Demokratie sind derzeit einem erheblichen Belastungstest ausgesetzt. Mit der Veranstaltungsreihe »Wir haben Fragen« beleuchtete das Sara Nussbaum Zentrum deshalb im Winter Fragen zur politischen und gesellschaftlichen Situation. Unter dem Eindruck des antisemitischen Anschlags von Halle (Saale) und des Mordes an Regierungspräsident Walter Lübcke wollten wir Fragen, die sich angesichts der aktuellen Entwicklungen stellen, informativ und multiperspektivisch behandeln. Dabei war es für uns wichtig, Formate zu finden, die Menschen einbeziehen, ihre Fragen hörbar machen und sie mit Expert*innen ins Gespräch bringen.

Unsere Veranstaltungen wurden live im Lokalradio übertragen und sind in unserer Mediathek abrufbar. Insofern mögen die Teilnehmer*innen und Hörer*innen entscheiden, ob wir unserem Anspruch gerecht geworden sind. Wir glauben jedenfalls, dass es auch im Jahr 2020 notwendig sein wird, in der gesellschaftlichen Mitte die Frage zu stellen, wie wir eine freiheitliche, pluralistische, demokratische Gesellschaft nicht nur gegen ihre Feinde verteidigen, sondern täglich leben können. Unsere Berichte auf den folgenden Seiten mögen dafür einige Anregungen bieten.

www.sara-nussbaum-zentrum.de/fragen



Ilana Katz (Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Kassel) sprach über ihre Erfahrungen mit Antisemitismus.

Antisemitismus: Erschütternd selbstverständlich

Zum Auftakt der Reihe »Wir haben Fragen« sprachen drei Kasseler Jüdinnen über ihre Erfahrungen und ihren Umgang mit Antisemitismus.

Natürlich hat es sie erschreckt, als sie am Jom-Kippur-Tag die Nachrichten aus Halle (Saale) hörten. Als sie erfuhren, dass ein schwer bewaffneter Neonazi die Synagoge der sachsen-anhaltinischen Stadt angegriffen hatte. Aber waren sie von dem antisemitischen Terroranschlag auch überrascht? Nein, das nicht. »Es war zu erwarten,

es war nur die Frage wann«, stellte die Sozialpädagogin Barbara Bahr ganz nüchtern fest – und weder Ilana Katz, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Kassel, noch Elena Padva vom Sara Nussbaum Zentrum wollten dem widersprechen. Zum Auftakt der Veranstaltungsreihe »Wir haben Fragen«, mit der das Sara Nussbaum Zentrum eine

Diskussion über die aktuelle politische und gesellschaftliche Lage in Deutschland anstoßen will, sprachen die drei Kasseler Jüdinnen am 20. November über ihre persönlichen Perspektiven auf Antisemitismus. Und nicht nur ihre abgeklärte Reaktion auf den Anschlag von Halle machte dabei deutlich: Mit Antisemitismus zu leben ist für Jüdinnen und Juden in Deutschland erschütternd selbstverständlich.

Barbara Bahr berichtete von der Angst ihrer Tochter, als Jüdin erkannt zu werden. Elena Padva erzählte von Gemeindegliedern, die ihre jüdische Zeitung im neutralen Umschlag bekommen wollen, damit die Nachbarn nichts bemerken. Ilana Katz sprach von Angriffen und »unangenehmen Gesprächen vor der Synagoge« – und bezeichnete das selbst als »Kleinigkeiten«. Sie sah lieber das Positive und freute sich über die Solidarität, die der Gemeinde nach dem Attentat von Halle aus der Stadtgesellschaft entgegengebracht wurde. »Ich habe verstanden: Ich bin nicht alleine.« Auch wenn unter den Zuschreibern manche war, die den vermeintlichen Zuspruch vergiftete mit der Forderung, sich jetzt auch mal für die »Besatzungspolitik Israels« zu rechtfertigen.

Solchen als Äußerung über israelisches Regierungshandeln getarnten Antisemitismus erleben die drei Frauen immer wieder. Nicht zuletzt deshalb waren sie froh, dass die Stadt Kassel nach dem Anschlag in Halle als Zeichen der Solidarität die israelische Fahne vor dem Rathaus hisste. Barbara Bahr unterstrich dabei die besondere Bedeutung, die der jüdische Staat als sicherer Hafen für Jüdinnen und Juden aus aller Welt hat: »Für uns

»Wir machen den Judenhassern nicht die Freude, dass wir aus Deutschland weggehen.«

ILANA KATZ, VORSITZENDE DER JÜDISCHEN GEMEINDE KASSEL

ist es ein Ziel, wo wir hingehen können, wenn wir die Koffer gepackt haben.«

Aber ist die antisemitische Bedrohung so groß, dass es nur noch hilft, die Koffer zu packen und zu fliehen? »Ich habe nicht vor, die Koffer zu packen«, sagte Elena Padva. Doch die Ängste, das wieder einmal tun zu müssen, die könne sie gut verstehen. Barbara Bahr gab zu, dass sie nach Ereignissen wie in Halle durchaus anfangen nachzudenken: »Was würde ich mitnehmen?« Doch noch liege der Koffer im Keller. Und auch Ilana Katz will trotz allem bleiben: »Wir machen den Judenhassern nicht die Freude, dass wir aus Deutschland weggehen.«

An das von Martin Sehmisch im Sendesaal des Freien Radios Kassel moderierte und live übertragene Gespräch schloss sich eine angeregte Runde mit Fragen und Beiträgen aus dem Publikum an. In den Mittelpunkt rückte dabei insbesondere eine Frage: Was tun gegen Antisemitismus, gegen die zunehmende Demokratie- und Menschenfeindlichkeit? Wie die drei jüdischen Diskutantinnen setzten auch viele Besucherinnen und Besucher ihre Hoffnung auf Bildung. Auf eine Erziehung zum Respekt vor allen Menschen, gleich welcher Herkunft und Religion. Auf historisches Bewusstsein. Einem jüngeren Besucher reichte das nicht. Pädagogik sei ohne Zweifel wichtig, wandte er ein. Aber es brauche auch die politische Debatte und den entschlossenen Kampf gegen rechte Hetze. »Von guter Erziehung allein«, sagte er, »wird die AfD nicht weggehen.« *jft*

Die Veranstaltung ist hier nachhörbar:
www.sara-nussbaum-zentrum.de/fragen



Elena Padva



Ilana Katz, Barbara Bahr, Elena Padva, Martin Sehmisch

Verlorenes Vertrauen?

Liegt es am Verhalten der Polizei, dass so viele antisemitische Straftaten nicht angezeigt werden? Eine Expertenrunde suchte nach Antworten.

von Joachim F. Tornau

Als nach einer Stunde die ersten Fragen aus dem Publikum gestellt werden durften, meldete sich Esther Haß zu Wort. Die frühere Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Kassel erzählte, wie sie in ihrer Amtszeit jeden einzelnen antisemitischen Vorfall bei der Polizei angezeigt habe – und wie nicht ein einziges Mal die Täter ermittelt worden seien. »Warum«, fragte Haß, »war die Polizei so lange auf dem rechten Auge blind?« In der Veranstaltungsreihe »Wir haben Fragen« des Sara Nussbaum Zentrums ging es am 27. November um »Antisemitismus und das Vertrauen in die Polizei« – und nicht nur der Einwurf der ehemaligen Gemeindevorsitzenden machte klar, dass es um dieses Vertrauen besser bestellt sein könnte.

Benjamin Steinitz von der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS) verwies auf eine Studie der Europäischen Grundrechteagentur, wonach in Deutschland nur 20 Prozent der antisemitisch motivierten Taten überhaupt angezeigt werden – wohl auch aufgrund von Erfahrungen, wie sie beispielsweise 2014 ein Jude in Offenbach machen musste: Wegen seiner Kippa auf offener Straße beleidigt und mit dem Tod bedroht, rief er vergeblich die Polizei. Die meldete sich erst bei ihm, nachdem er die Presse eingeschaltet hatte, und ignorierte bei den Ermittlungen dann auch noch, dass die Täter

arabisch gesprochen hatten. »Der Fall ist exemplarisch«, sagte Steinitz. »Wenn so reagiert wird, braucht man sich nicht zu wundern, dass nur einer von fünf Vorfällen angezeigt wird.« Steinitz vertrat bei der von Martin Sehmisch moderierten Podiumsdiskussion die zivilgesellschaftliche Seite.

Seine beiden Gesprächspartner sind enger mit der Polizei verbunden, doch auch sie mussten

einräumen, dass es in punkto Vertrauen bei Teilen der Bevölkerung noch Luft nach oben gibt. Frank Schweitzer vom Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) in Wiesbaden berichtete von den Bemühungen der Polizei, die Sensibilität im Umgang mit den Opfern von Straftaten weiter zu stärken und entschieden gegen Rechtsextreme in den eigenen Reihen vorzugehen. Gerade in jüngerer Zeit hatten derartige Fälle in Hessen für Schlagzeilen gesorgt. »Wir haben uns ordentlich auf den Weg gemacht, bitte gehen Sie den weiteren Weg gemeinsam mit uns«, warb Schweitzer um Vertrauen.

Rafael Behr, Professor an der Akademie der Polizei in Hamburg, befand zwar, dass man der deutschen Polizei natürlich noch vertrauen könne. Zu oft aber würden Menschen, die polizeiliche

»Wir sind das zivilgesellschaftliche Korrektiv für staatliches Handeln.«

BENJAMIN STEINITZ, RIAS



Martin Sehmisch (rechts) im Gespräch mit Frank Schweitzer vom Hessischen Kompetenzzentrum gegen Extremismus

»Nach wie vor ist es eine der Todsünden für einen Polizisten, Kollegen zu verpfeifen«

PROF. RAFAEL BEHR, AKADEMIE DER POLIZEI HAMBURG

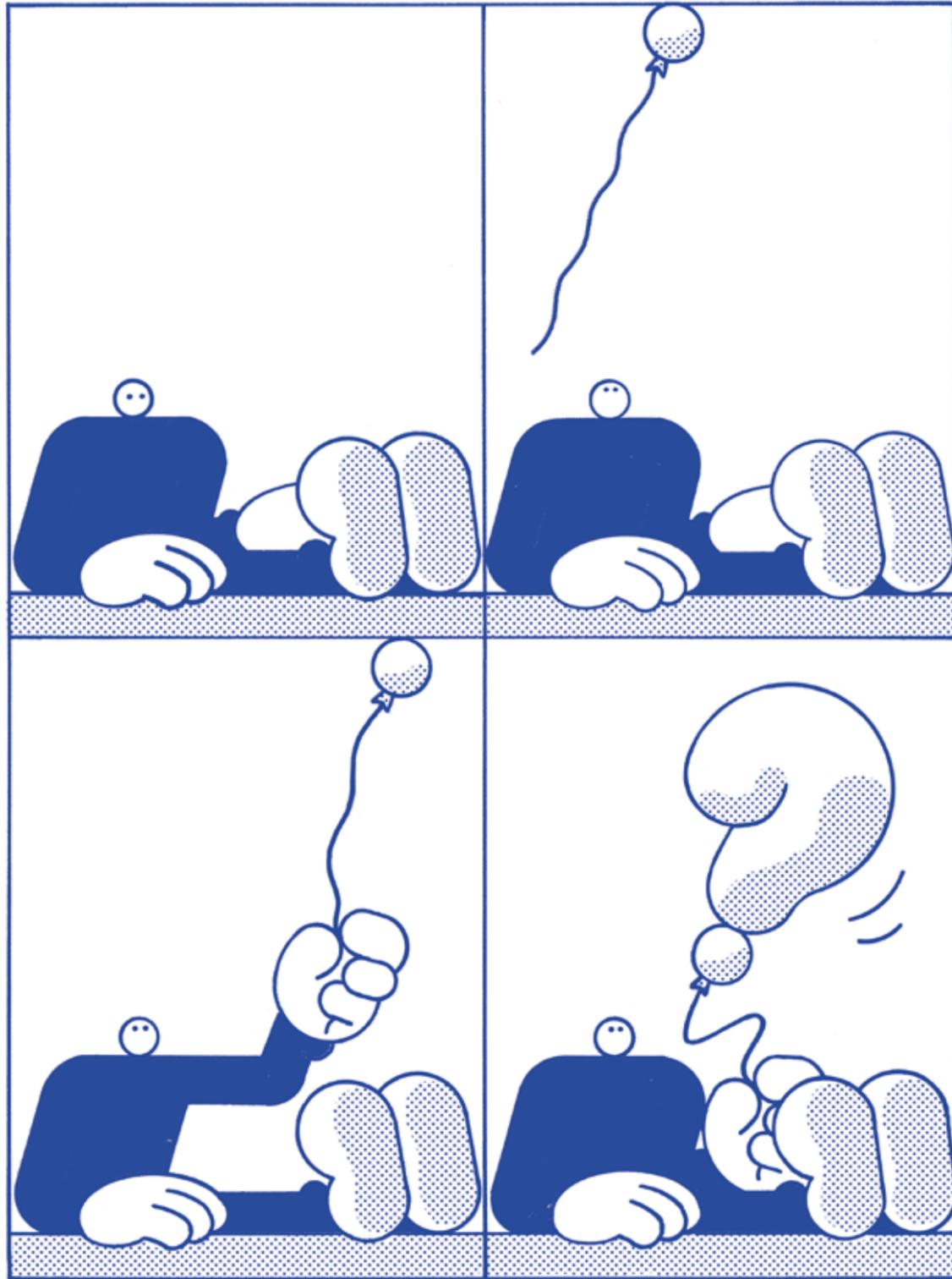
Maßnahmen kritisch beäugen und hinterfragen, von den Beamten nicht als mündige Bürger, sondern als »Störer« wahrgenommen, sagte Behr. Für den Soziologen liegt ein grundlegendes Problem in dem, was er »Cop Culture« nennt: inoffizielle Regeln, die von einer Polizistengeneration an die nächste weitergegeben werden und deren vielleicht bedeutendste ist, nicht gegen andere Beamte auszusagen: »Nach wie vor, auch im Jahr 2019, ist es eine der Todsünden für einen Polizisten, Kollegen zu verpfeifen.«

Doch trotz dieser Wagenburgmentalität können notwendige Veränderungsprozesse durchaus auch

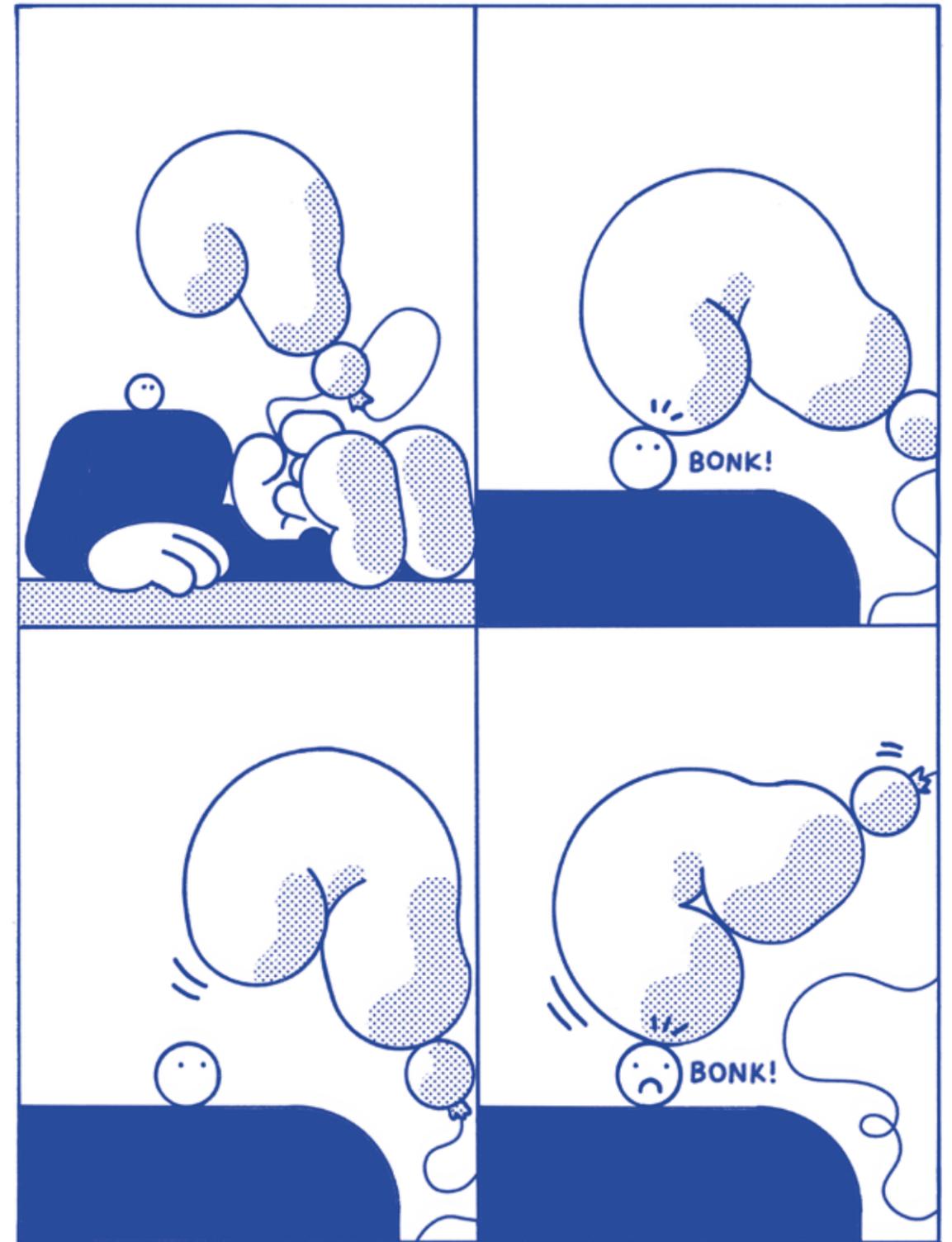
von außen angestoßen werden. In Berlin, erklärte Benjamin Steinitz, habe das Engagement der Meldestelle RIAS maßgeblich dazu beigetragen, den polizeilichen Umgang mit antisemitischen Vorfällen zu verbessern. Mittlerweile habe die Polizei sogar einen eigenen Antisemitismusbeauftragten.

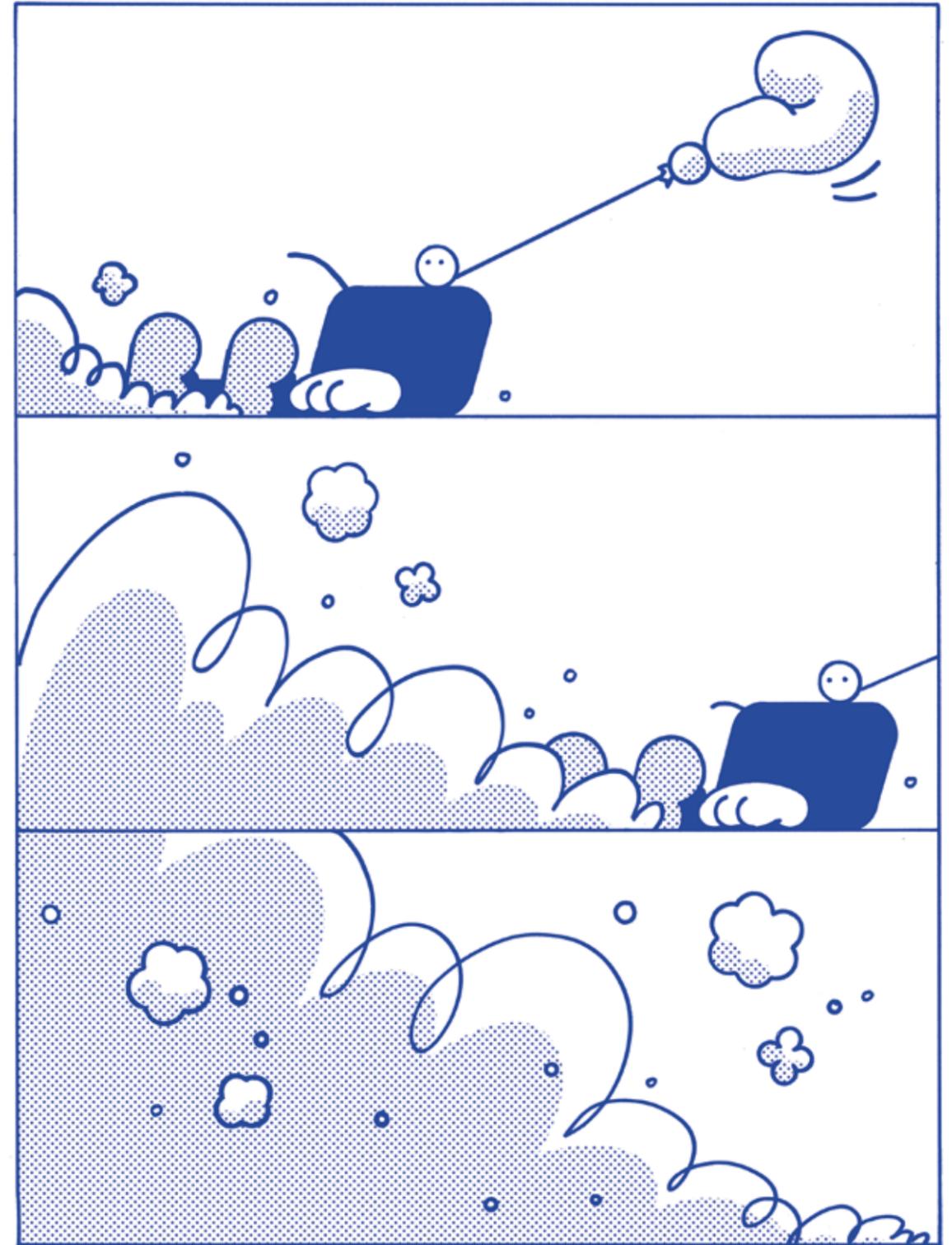
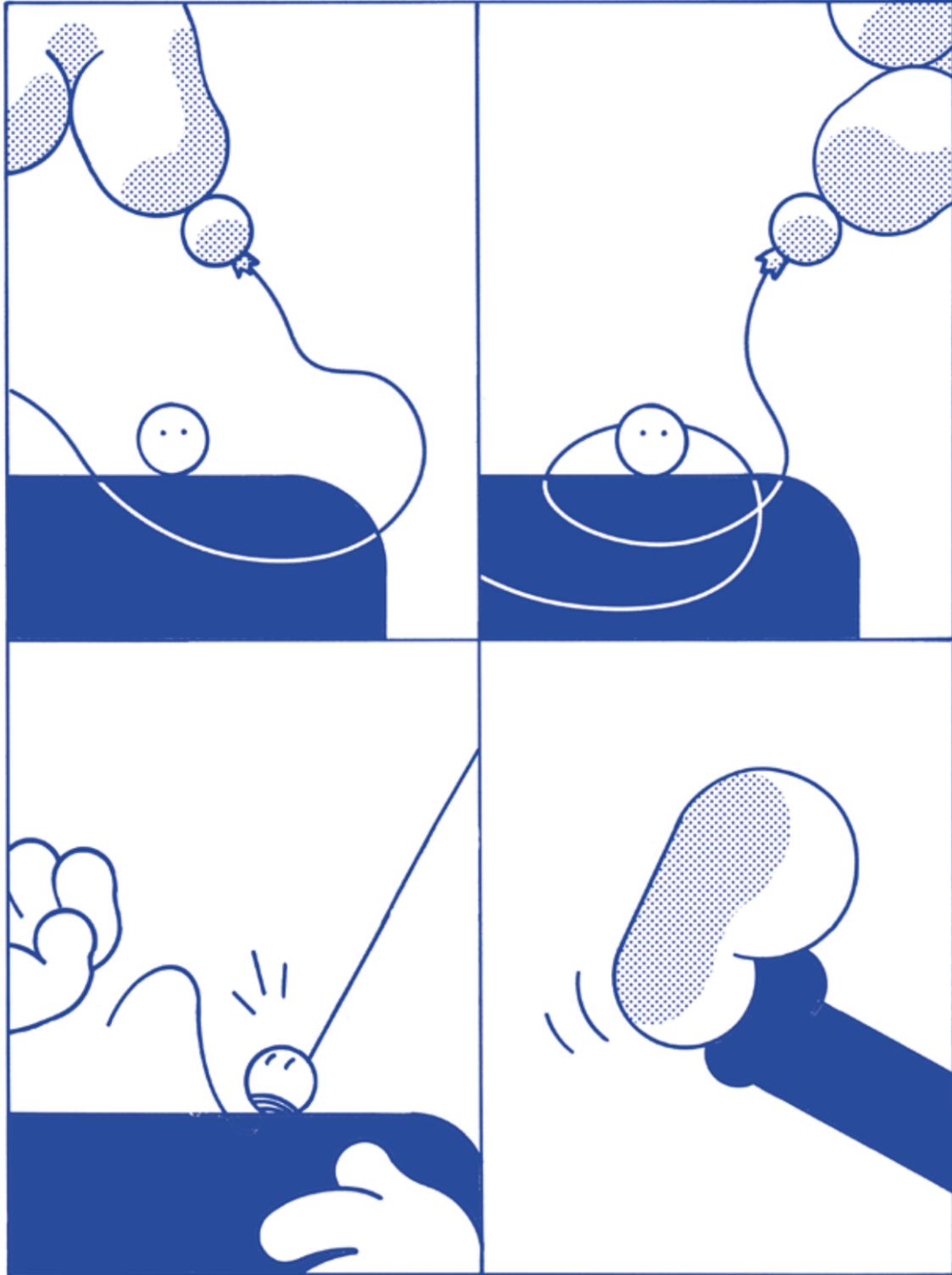
»Wir sind das zivilgesellschaftliche Korrektiv für staatliches Handeln«, sagte Steinitz. Lieber wäre ihm allerdings, wenn das nicht nötig wäre: »Ich finde, die Polizei sollte das selber hinkriegen.«

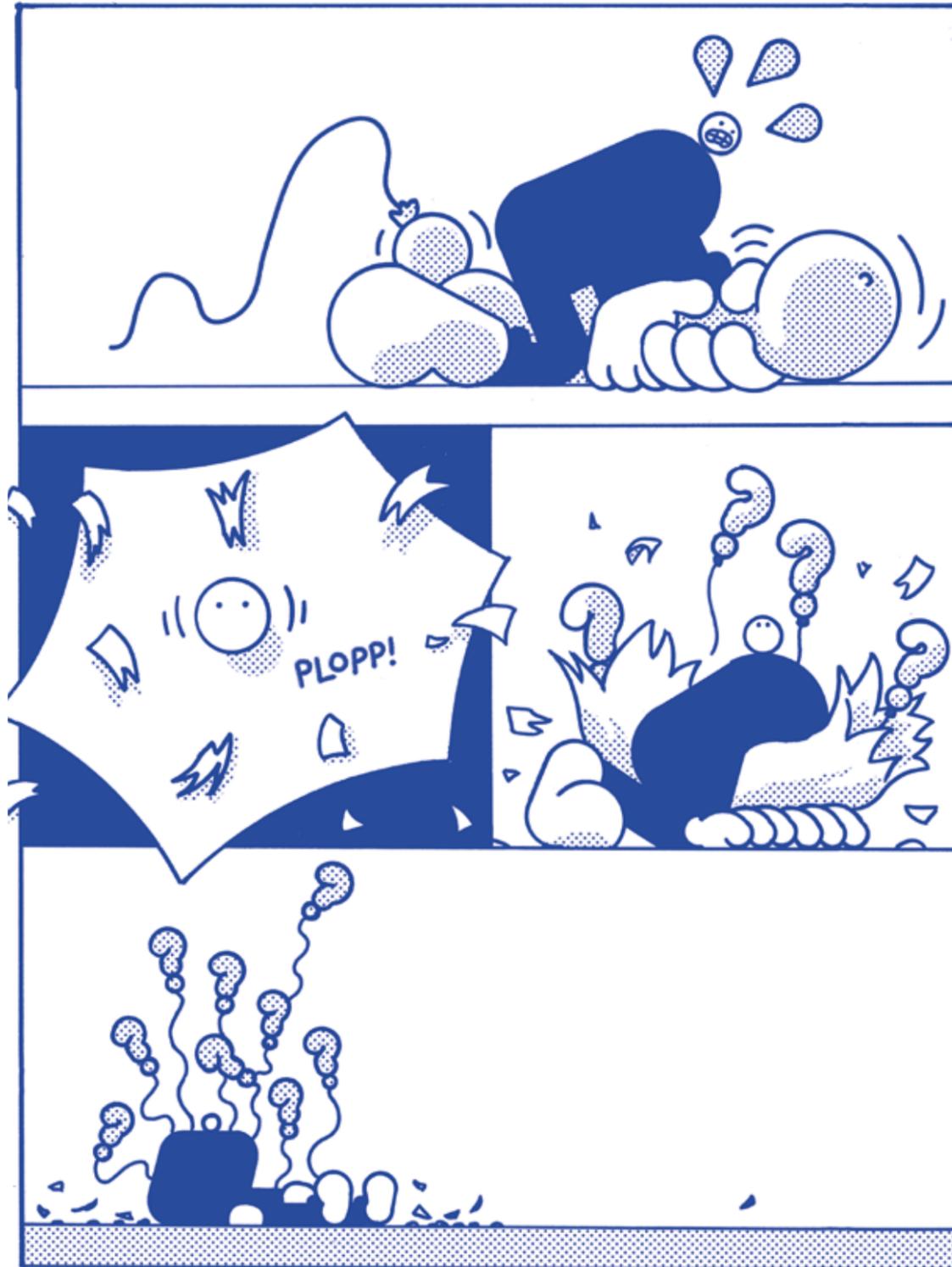
Die Veranstaltung ist hier nachhörbar:
www.sara-nussbaum-zentrum.de/fragen



»FRAGEN« / FLORIAN BIERMEIER, 2019







Teilnehmer*innen einer Kundgebung gegen israelbezogenen Antisemitismus in Frankfurt/Main

»Dieses Sich-Wohlfühlen ist ein zartes Gebilde«

Eine Befragung der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) beleuchtet jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Hessen.

Wie nehmen Jüdinnen und Juden in Hessen Antisemitismus wahr? Und was sind ihre Strategien, um damit umzugehen? Danach hat die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus – Bundesweite Koordination (RIAS-BK) gefragt, als sie im Spätsommer 2017 zwanzig Interviews mit Vertreter*innen von jüdischen Gemeinden und

Institutionen aus diesem Bundesland führte. Die Befragung ist Teil einer bislang unveröffentlichten »Problembeschreibung: Antisemitismus in Hessen«. Die Antworten zeigen, dass nahezu sämtliche Interviewpartner*innen von Antisemitismus unmittelbar betroffen sind oder waren. Was diese Erfahrungen bei den Betroffenen auslösen, ver-



FOTO: MARTIN SEHMISCH

Synagoge in Kassel

»Die Befragte schildert eine Vielzahl antisemitischer Vorfälle, die sie selbst erlebt hat oder die ihr berichtet wurden.«

deutlich folgende Schilderung einer Befragten: Sie bejaht die Frage, ob Gemeindemitglieder in Erwägung ziehen, Deutschland aus Angst vor Antisemitismus zu verlassen und nach Israel zu ziehen, und erläutert den Umgang mit Antisemitismus weiter:

»Ich glaube, es ist so eine Mischung aus sich frei fühlen und sich nicht wirklich ganz heimisch und ganz angenommen fühlen. Es gibt immer wieder Phasen, in denen antisemitische Vorfälle sichtbar werden, in denen eine Grundstimmung sichtbar wird, (...) wo sozusagen dieser Wohlfühlfaktor – ‚Wir sind hier eigentlich gut und sicher‘ – wieder schnell weg ist. Also ich glaube, dass dieses Sich-Wohlfühlen und Sich-sicher-Fühlen ein sehr, sehr zartes Gebilde ist.«

Das Wohlfühlen in Hessen für Jüdinnen und Juden ein zartes Gebilde? Bei einer ausführlichen

Lektüre des zitierten Interviews wird schnell deutlich, wie die Befragte zu diesem Eindruck kommt: Sie schildert eine Vielzahl antisemitischer Vorfälle, die sie selbst erlebt hat oder die ihr aus ihrem sozialen Umfeld berichtet wurden. So weiß sie beispielsweise von einem Kind zu erzählen, das in seiner Klasse auf einem hessischen Gymnasium als einziges einen jüdischen Hintergrund hat. Eines Tages stellte die Lehrerin der Klasse eine Aufgabe: Alle Schüler*innen sollten einen Aufsatz schreiben, die Lehrerin vergab hierfür die Themen. Allein das jüdische Kind bekam dabei die Aufgabe, sich mit der militärischen Auseinandersetzung zwischen Israel und der islamistischen Terrororganisation Hamas im Sommer 2014 zu beschäftigen – dem sogenannten Gaza-Krieg. Ein besonderes Interesse an Israel oder der Region, so legen es die Ausführungen der interviewten Frau nahe, hatte das Kind bis dahin jedoch nicht geäußert. Die Lehrerin war folgerichtig auch nicht in

der Lage, die Frage des betroffenen Kindes nach den Gründen für diese spezielle Aufgabenzuweisung zu beantworten.

Die Situation verweist auf ein weit verbreitetes antisemitisches Stereotyp: Jüd*innen werden als nicht zugehörig zum deutschen Kollektiv wahrgenommen, stattdessen automatisch mit Israel identifiziert. Sie müssen sich für das Verhalten des Staates rechtfertigen, obwohl sie als deutsche Staatsbürger*innen

nicht an der politischen Willensbildung in Israel beteiligt sind. Dieses Muster wird in der Antisemitismusforschung als »Othering« bezeichnet: Jüd*innen werden von Antisemit*innen zum »Anderen«, zu Fremden erklärt. Das geschilderte Ereignis ist aber auch ein Beispiel dafür, in welchen alltäglichen Situationen Jüd*innen in Hessen mit Antisemitismus konfrontiert sind.

Jüd*innen in Hessen sind, so nehmen es die Befragten wahr, von antisemitischen Vorfällen in einem

»Jüd*innen werden als nicht zugehörig zum deutschen Kollektiv wahrgenommen und stattdessen mit Israel identifiziert.«

erschütternden Ausmaß betroffen – von extremer Gewalt, Angriffen, gezielten Sachbeschädigungen, Bedrohungen und verletzendem Verhalten. So wird von Messerattacken gegen Menschen, die als jüdisch erkennbar sind, ebenso berichtet wie von einem eingeworfenen Fenster einer Privatwoh-

nung. Bei zufälligen Begegnungen auf der Straße, in Bussen und Bahnen oder in Geschäften kommt es demnach immer wieder zu Beleidigungen und Bedrohungen. In 17 der 20 Interviews wird von Vorfällen

im schulischen Kontext berichtet: Schüler*innen werden auf dem Pausenhof oder im Unterricht antisemitisch beschimpft oder auf subtilere Weise herabgesetzt – wie das geschilderte Beispiel zeigt, kommt das antisemitische, verletzende Verhalten nicht ausschließlich von Mitschüler*innen, sondern mitunter auch von Lehrenden.

Antisemitismus ist für Jüd*innen in Hessen, so ein zentraler Befund der Befragung, eine alltagsprägende Erfahrung. Sie sind in den unterschied-

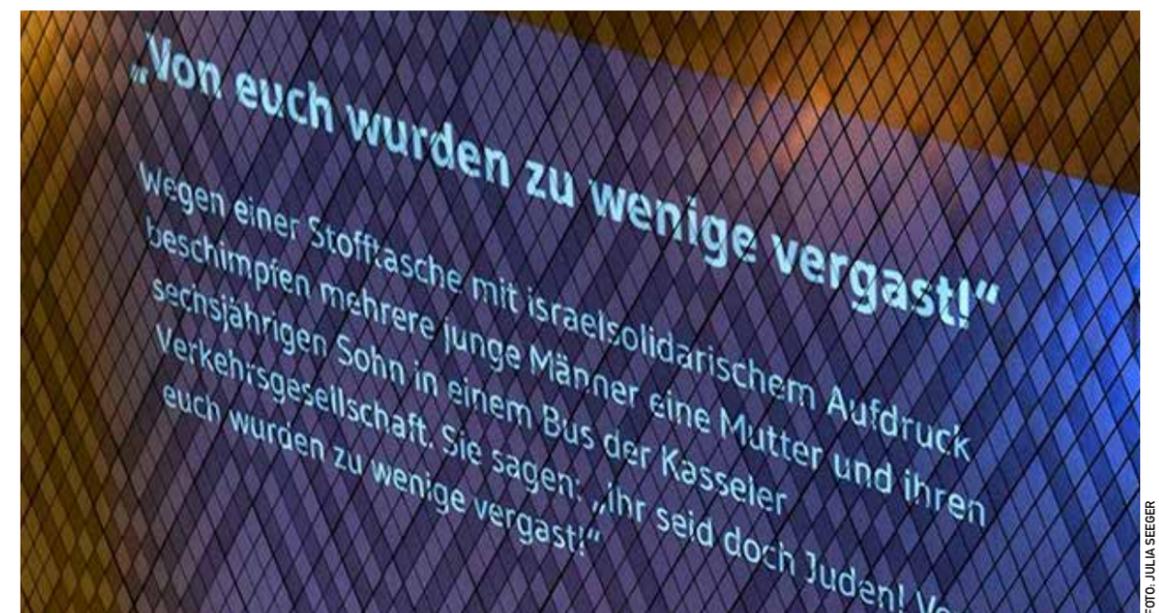


FOTO: JULIA SEGER

Problembewusstsein schaffen: Öffentliche Projektion antisemitischer Vorfälle aus Hessen im November 2019 in Kassel

lichsten, unvorhersehbaren und alltäglichen Situationen, die sie nicht vermeiden können, mit Antisemitismus konfrontiert. Daraus ergibt sich für sie die Notwendigkeit, sich täglich mit ihrer vielfältigen jüdischen Identität und ihrer eigenen Sicherheit beschäftigen zu müssen. Das hat Folgen: In zahlreichen Interviews wird geschildert, dass Jüd*innen in Hessen versuchen, nicht als jüdisch erkannt zu werden, dass sie bestimmte Stadtviertel oder Orte, aber auch die politische oder publizistische Öffentlichkeit insgesamt meiden oder dass sie über einen Wechsel des Wohnortes nachdenken.

»In zahlreichen Interviews wird geschildert, dass Jüd*innen in Hessen versuchen, nicht als jüdisch erkannt zu werden.«

Dazu passt, dass viele der befragten Vertreter*innen von jüdischen Institutionen und Gemeinden von einer insgesamt als besorgniserregend wahrgenommenen Grundstimmung sprechen: Es herrsche eine »antisemitische Atmosphäre«, erklären die Befragten. Und: »Antisemitismus passiert ständig.« Gleichzeitig erleben sie einen abwehrenden oder unsensiblen Umgang mit Antisemitismus. Rechtsextreme Gruppen und Einzelpersonen werden als antisemitische Akteur*innen vor allem von Befragten genannt, die nicht aus der Metropolregion Frankfurt kommen, während islamisch legitimer Antisemitismus in allen Regionen als sehr relevantes Problem geschildert wird.

Doch auch Vorfälle mit einem christlichen Hintergrund werden in einem Drittel der Interviews berichtet – verbunden mit der Einschätzung, dass die Hemmschwelle, sich antisemitisch zu äußern,

auch bei Menschen mit hohem sozioökonomischem Status sinke. So wird in einem Interview erzählt, wie anlässlich der bereits erwähnten militärischen Auseinandersetzung von Israel und der Hamas der eigene Zahnarzt verkündete: »Es langt. Die Juden machen mit dem Holocaust eine Politik und es langt jetzt.«

Doch trotz dieser ernst zu nehmenden Befunde zeigen die Interviews auch, dass Jüd*innen in Hessen selbstbewusst mit dem Problem des Antisemitismus umgehen. Die Einschätzungen bezüglich der Verbreitung von jüdenfeindlichen Einstellungen und Verhaltensformen in den jeweiligen Wohnorten gehen einher mit einem insgesamt positiven Bild

der hessischen Städte und Kommunen. Viele Befragte wählen einen konfrontativen Umgang mit Menschen, die sich antisemitisch äußern, suchen den Dialog oder betonen ihre jüdische Identität nach antisemitischen Vorfällen sogar.

Indem Meldestellen wie die Informationsstelle Antisemitismus Kassel (ISAK) oder eben der Bundesverband RIAS Betroffene beraten sowie antisemitische Vorfälle sichtbar machen und dokumentieren, können sie dazu beitragen, dass Jüd*innen im Umgang mit Antisemitismus als alltagsprägendem Phänomen gestärkt werden.

Daniel Poensgen
Der Autor arbeitet für den Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V.

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS)

Gleimstraße 31
10437 Berlin

Telefon 030 817985810
info@report-antisemitismus.de

www.report-antisemitismus.de

Informationsstelle Antisemitismus Kassel (ISAK)

Ludwig-Mond-Straße 127
34121 Kassel

Telefon 0561 93728281
isak@sara-nussbaum-zentrum.de

www.facebook.com/informationsstelleantisemitismus

Über die »Kindertransporte«

Bis Ende März 2020 ist im Sara Nussbaum Zentrum eine Ausstellung über die »Kindertransporte« zu sehen, mit denen jüdische Kinder vor den Nationalsozialisten gerettet wurden.

»Wir hoffen, dass wir bald bei dir sind...« ist ein Satz aus dem Kinderbuch »In Meiner Tasche« von Dorrieth Sim aus Kassel. Sie war eins von 10.000 jüdischen Kindern, die im Rahmen einer beispiellosen Rettungsaktion vor 80 Jahren in England aufgenommen wurden. Ihr Schicksal sowie das von zwei weiteren Kindern aus Kassel und Hofgeismar wird in der Ausstellung exemplarisch präsentiert. Die Ausstellung erzählt auf 20 Ausstellungstafeln von Rettern und Helfern, von Kindern, die gingen und Eltern, die blieben und deportiert wurden. Die meisten von ihnen wurden ermordet.

Für das Ausstellungsprojekt hatten sich Schüler von zehn Grundschulklassen aus Kassel, Hofgeismar und Trendelburg unter der Anleitung der Museumspädagogen aus Hofgeismar intensiv mit den Themen Ausgrenzung, Verfolgung, Trennung und Flucht beschäftigt und zehn lustige Kindergeschichten der Autorin Dorrieth Sim illustriert. Diese Illustrationen werden ebenso ausgestellt. Eine Frage, die sich stellt, ist: Wie vermittelt man diese Geschichten und erzählt von der Shoah und dem Krieg den Kindern von heute so, dass es sie berührt? Diese pädagogische Arbeit erfordert Fingerspitzengefühl. Der Mehrwert der Ausstellung besteht neben der tiefen historischen und kreativen Arbeit gerade in der Kunst dieser pädagogischen Perspektive, die Kuratorinnen der Ausstellung Julia Drinnenberg und Gabriela Ha-



Blick in die Ausstellung im Sara Nussbaum Zentrum

fermaas aufzeigen. Mit Kindern die Verfolgung der jüdischen Deutschen und der Ermordung der europäischen Juden zu thematisieren erfordert von Erwachsenen hohe Sensibilität.

Ausstellung »Wir hoffen, dass wir bald wieder bei dir sind...«

Die Ausstellung ist bis Ende März 2020 zu sehen. Führungen und Workshops für Kinder- und Erwachsenengruppen können gebucht werden.

Sara Nussbaum Zentrum
Ludwig-Mond-Straße 127, 34121 Kassel

Telefon 0561 93728281
ep@sara-nussbaum-zentrum.de

www.sara-nussbaum-zentrum.de

Weg da. Das können wir besser.

Die Schriftstellerin Mirna Funk sagt: Wir brauchen keine Antisemitismusbeauftragten. Wir brauchen Jüdinnen und Juden, die für sich selbst sprechen.

von Mirna Funk



Vor ein paar Tagen gab ich ein Interview für den Deutschlandfunk. Die Journalistin fragte mich: »Was muss getan werden, um den Antisemitismus zu bekämpfen?« Ich antwortete genau das, was ich seit ein paar Monaten immer antworte, eigentlich seit ich mit dem Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, Felix Klein, in einer Talkrunde saß und er als Lösung für das Antisemitismusproblem das Herausbringen einer Briefmarke vorschlug. Nämlich, dass ich zuerst einmal alle Antisemitismusbeauftragten ihres Amtes entheben würde.

Aktuell gibt es zwölf Antisemitismusbeauftragte für 16 Bundesländer, elf Männer und eine Frau. Dazu kommen die Antisemitismusbeauftragten der Generalstaatsanwaltschaft und der Polizei, sechs an der Zahl, auch hier wieder nur eine Frau. Und natürlich mein allerliebster Antisemitismusbeauftragter, nämlich der der Bundesregierung, Felix Klein. 19 Ämter, bekleidet von 17 Männern ohne jüdische Wurzeln oder einen Zugang zur jüdischen Welt in Deutschland, die offiziell für die Sicherung des jüdischen Lebens in Deutschland stehen. Sie alle geben wöchentlich Interviews zu jüdischem Leben in Deutschland, sitzen in Talkshows, erteilen Ratschläge an Jüd*innen und sprechen in ihrem Namen.

Als Felix Klein im Mai 2019 Jüdinnen und Juden offiziell riet, in bestimmten Teilen Deutschlands keine Kippa mehr zu tragen, brach ein Sturm der Entrüstung los, insbesondere innerhalb der jüdischen Community in Deutschland, aber auch international. Dieser Fehltritt führte nicht dazu, dass Felix Klein, wie es im Übrigen hätte passie-

FOTO: SHAI LEVY

»Yo Bois und das eine Girl dahinten, das ja wieder nichts sagen durfte, weil Patriarchat, ich bin die Falsche für den Job.«

ren müssen, seines Amtes enthoben wurde, nein, er bekam ein jüdisches Beratungsgremium an die Seite gestellt. Das ist die Rolle, die man Jüd*innen in diesem Land gibt. Sie dürfen nichtjüdische Deutsche beraten, wie diese nichtjüdischen Deutschen über jüdisches Leben in Deutschland reden sollen. Stammte dieser Satz aus einem Artikel des Satireblogs »Der Postillon«, keiner würde sich wundern.

Es ist mir ein Rätsel, warum Herr Klein, aber auch alle anderen 18 Repräsentanten, am Tag ihrer Ernennung nicht lauthals angefangen haben zu lachen und diesen Titel mit aller Macht ablehnten. Würde ich, Mirna Funk, jüdische Alleinerziehende aus Deutschland und heterosexuell, einen Anruf von der Bundesregierung bekommen, und sie würde mir sagen: »Frau Funk, wir haben sie soeben zur Beauftragten für Transgender POC Männer erklärt«, würde ich ja auch nicht antworten: »Top Idee, da kenn ich mich aus, da weiß ich Bescheid, den Job werde ich richtig gut machen.« Nein, ich würde sagen: »Yo Bois und das eine Girl dahinten, das ja wieder nichts sagen durfte, weil Patriarchat, ich bin die Falsche für den Job, schiebe euch aber gerne heimlich und unauffällig eine Liste mit Namen von Transgender POC Männern rüber, die geeignet für diese Aufgabe wären. Auch, wenn ihr das selbstverständlich alleine hättet hinbekommen müssen.«

Klar, man kann argumentieren, dass Jüd*innen nicht verantwortlich dafür seien, Antisemitismus zu bekämpfen. Da antworte ich als Frau und Feministin ganz deutlich und entschieden: Wenn wir Frauen darauf gewartet hätten, dass patriar-

chale Strukturen von Männern bekämpft würden, hätten wir bis heute noch kein Wahlrecht für Frauen. Dazu kommt, dass möglicherweise der Einzug der nationalistischen AfD in den Bundestag sowie das Immer-Lauterwerden-bei-gleichbleibender-moralischer-Unversertheit von antisemitischen Ressentiments ein Beweis dafür sind, dass nichtjüdische Deutsche nicht in der Lage waren und nach wie vor nicht in der Lage sind, sich erfolgreich gegen Antisemitismus zu behaupten.

Die Hybris, man wisse schon, man könne doch, es brauche keine jüdischen Stimmen beim Bekämpfen von Antisemitismus, bewundere ich ehrlich gesagt täglich von meinem warmen Bett im Berliner Scheunenviertel aus. Ich vertraue aber auf die Macht der Progressivität, die vielen Stimmen, die an Diversität glauben, und den gesunden Menschenverstand (ich bin und bleibe Kantianerin), dass so etwas wie nichtjüdische Antisemitismusbeauftragte in Deutschland in fünf Jahren der Vergangenheit angehören. Ja, dass man über diesen Umstand in weniger als zehn Jahren lachen wird und niemand mehr glauben kann, dass so etwas überhaupt einmal möglich war.

Mirna Funk

Die Berliner Mirna Funk ist Autorin, Essayistin und Storytellerin. Sie schreibt monatliche Kolumnen für die deutsche Vogue und für Edition F. Aktuell arbeitet sie für die Bavaria Film an ihrer ersten Fernsehserie, außerdem ist sie Kommunikationsdirektorin bei der Berliner Digitalagentur TLGG. Im Herbst 2020 erscheint bei dtv ihr neuer Roman.

www.instagram.com/mirnafunk



Aktuelle Angebote des Sara Nussbaum Zentrums



Mediathek. In unserer Mediathek finden Sie Broschüren und Audio-Dateien, die im Rahmen unserer Arbeit entstanden sind. Auch die *haskala* finden Sie dort als digitale Version. Neu hinzugekommen sind zuletzt ein Interview mit dem britischen Soziologen David Hirsh über linken Antisemitismus sowie die Aufzeichnungen der Veranstaltungen zu den Themen »Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus heute« und »Antisemitismus und das Vertrauen in die Polizei«. Hören Sie doch mal rein!

www.sara-nussbaum-zentrum.de/mediathek



Materialsammlung Antisemitismus.

Aktuelle Formen von Antisemitismus sind auch an Schulen und Bildungseinrichtungen Thema, nicht zuletzt dann, wenn es zu problematischen Äußerungen von Schüler*innen kommt. Unsere kompakte »Materialsammlung Antisemitismus heute für Pädagog*innen« enthält Texte zu fünf Themenbereichen, darunter zu den Fragen, wie Antisemitismus heute auftritt und welche Perspektive Betroffene auf das Thema haben.

Bestellungen an: assistentz@sara-nussbaum-zentrum.de



Selam & Shalom ist ein interkultureller Musikworkshop. Er richtet sich an Kinder- und Jugendgruppen aller Schulformen und Altersstufen. Das Ziel des Workshops ist die Bewusstmachung von Gemeinsamkeiten über religiöse und weltanschauliche Prägungen und Zugehörigkeiten hinweg. Begleitet von Instrumenten werden gemeinsam Lieder auf Türkisch, Hebräisch, Jiddisch und Deutsch gesungen.

www.sara-nussbaum-zentrum.de
ep@sara-nussbaum-zentrum.de